

Bericht an den Finanzausschuss des
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur
Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

6. Dezember 2019

Änderungen im Direktorium der OeNB¹

- Nachdem bereits im Februar 2019 auf Vorschlag der Bundesregierung Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen die neuen Mitglieder des Direktoriums für eine Funktionsperiode von 6 Jahren ernannt hat, haben diese im Verlauf 2019 ihr Amt angetreten. Am 1. Mai 2019 löste DI Dr. Thomas Steiner als neues Mitglied des Direktoriums Mag. Dr. Peter Mooslechner ab. Mit 11. Juli 2019 übernahm Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber die Funktion des Vize-Gouverneurs von Mag. Andreas Ittner. Ebenfalls mit 11. Juli folgte DDr. Eduard Schock 2019 als neues Mitglied des Direktoriums auf Mag. Dr. Kurt Pribil. Mit 1. September 2019 übernahm Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann von Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny die Funktion des Gouverneurs der OeNB.

Geldpolitische Entscheidungen des Eurosystems

- Seit den geldpolitischen Beschlüssen des Frühjahrs 2019 deuten die neu verfügbaren Daten darauf hin, dass die Konjunkturschwäche im Euroraum länger anhält als ursprünglich angenommen worden war und zudem ausgeprägte Abwärtsrisiken hinsichtlich der BIP-Prognosen bestehen. Dementsprechend wird auch der Inflationsdruck verhalten bleiben. Den von EZB-Expertinnen und Experten erstellten Projektionen vom September 2019 zufolge wird sich die jährliche HVPI-Inflationsrate im Euroraum 2019 auf 1,2%, 2020 auf 1,0% und 2021 auf 1,5% belaufen und damit weiterhin hinter dem Preisstabilitätsziel des Eurosystems zurückbleiben.
- Auf Basis dieser Einschätzung schnürte der EZB-Rat in seiner Sitzung am 12. September 2019 ein fünfteiliges Maßnahmenpaket, das den geldpolitischen Kurs expansiver gestaltet und diesen für einen längeren Zeitraum aufrechterhalten wird.
 - Erstens wurde im Hinblick auf die EZB-Leitzinsen beschlossen, den Einlagezinssatz um 10 Basispunkte auf -0,50 % zu senken.² Dabei kündigte der EZB-Rat an, die Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu halten, bis sich die Inflationsaussichten deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt. Zudem muss sich diese Annäherung in der Dynamik der Kerninflation durchgängig widerspiegeln.
 - Zweitens beschloss der EZB-Rat zur Unterstützung der bankbasierten Transmission der Geldpolitik ein Freibetragsmodell (2-Tier System, zweistufiges System) für die Verzinsung der Reserveguthaben einzuführen, bei dem ein Teil der Überschussliquidität der Banken vom negativen Einlagenzinssatz befreit wird.
 - Drittens beschloss der EZB-Rat, die Nettoankäufe im Rahmen des Ankaufprogramms von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd EUR ab dem 1. November 2019 wieder aufzunehmen. Diese Ankäufe werden so lange fortgesetzt werden, wie es für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der Leitzinsen erforderlich ist.
 - Viertens werden die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder angelegt. Das trägt zu günstigen Liquiditätsbedingungen bei.
 - Fünftens wurden die Modalitäten der – bereits im Frühjahr beschlossenen – Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) abgeändert, um die günstigen Kreditvergabebedingungen der Banken aufrechtzuerhalten. Von September 2019 bis März 2021 werden in vierteljährlichem Takt neue Refinanzierungsgeschäfte mit jeweils

¹ Redaktionsschluss für den Bericht: 2. Dezember 2019.

² Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurden unverändert bei 0,00 % bzw. 0,25 % belassen.

dreijähriger Laufzeit angeboten. Der Zinssatz für die einzelnen Geschäfte wurde auf das Niveau des durchschnittlichen Zinssatzes für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit des jeweiligen TLTROs festgesetzt. Für Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe eine Referenzgröße überschreitet, wird der Zinssatz niedriger sein, wobei der Zinssatz für die Einlagefazilität die Untergrenze darstellt.

- All diese Maßnahmen sollen gemeinsam den äußerst akkommodierenden geldpolitischen Kurs für einen längeren Zeitraum aufrechterhalten. Um sicherzustellen, dass sich die HVPI-Teuerungsrate auf nachhaltige Weise ihrem Ziel annähert, ist der EZB-Rat auch weiterhin bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen.

Weltwirtschaft: Wachstumsaussichten weiterhin getrübt

- Die Weltwirtschaft befindet sich seit 2018 in einer Abschwungphase,. Zunehmende Handelshemmnisse haben zu einer deutlichen Dämpfung der weltweiten Handelsdynamik geführt und dies trübt, gepaart mit anhaltenden geopolitischen Spannungen, die globalen Konjunkturaussichten. Vor diesem Hintergrund senkte die OECD in ihrer jüngsten Prognose von Mitte November die globalen Wachstumsaussichten neuerlich.
- Für das Jahr 2019 geht die OECD nun von einem Weltwirtschaftswachstum von 2,9% aus. Auch die für das Jahr 2020 erwartete Erholung sieht die OECD weniger ausgeprägt als noch im Frühjahr und nahm die Wachstumsprognose für das Jahr 2020 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,9% zurück.
- Ausschlaggebend für die Abschwächung des Wachstums ist vor allem die starke Verlangsamung in der Dynamik des Welthandels und der Industrieproduktion. Dazu beigetragen haben die Handelskonflikte, aber auch der Einbruch der Nachfrage in der Automobilindustrie, das allgemein schwache Geschäftsklima und die Verlangsamung des Wachstums in China – und in diesem Jahr auch in Indien.
- Der Dienstleistungssektor entwickelt sich vorerst nach wie vor zufriedenstellend; dies erklärt auch die relativ niedrige Arbeitslosigkeit und das zurzeit vergleichsweise robuste Lohnwachstum in den Industriestaaten.
- Angesichts einer möglichen erneuten Eskalation der Handelskonflikte und hoher Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit überwiegen weiterhin die Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft. Eine Zuspitzung der Handelsstreitigkeiten würde aller Voraussicht nach mit höheren Anpassungskosten für ein neues Handelssystem und im Zeitverlauf mit möglichen weiteren Störungen in den globalen Wertschöpfungsketten einhergehen.
- Dazu kommt eine möglicherweise langsamere Erholung in mehreren Schwellenländern. Das für 2020 prognostizierte Weltwirtschaftswachstum hängt weiterhin sehr stark an der Entwicklung einiger Schwellenländer, die sich aktuell aus unterschiedlichen Gründen in makroökonomischen Schwierigkeiten befinden. Neben China gehören dazu vor allem Länder in Lateinamerika und im Mittleren Osten.

Euroraum: Wachstum im dritten Quartal stabil

- Im Euroraum war es in Q12019 mit 0,4% gegenüber dem Vorquartal noch zu einem starken Wachstum gekommen, was primär auf temporäre Faktoren zurückzuführen war. Der Wachstumsrückgang in Q2 auf 0,2% war daher im Wesentlichen erwartet worden. Dass es in Q3 mit einem Wachstum von 0,2% zu keiner weiteren Verlangsamung mehr kam, überraschte positiv.

- Grund dafür dürfte vor allem der Umstand sein, dass sich das Wachstum in Deutschland vorerst besser entwickelte als allgemein erwartet. Während ein wesentlicher Teil der Abkühlung im Euroraum im zweiten Quartal auf das negative Wachstum (-0,1%) in Deutschland zurückzuführen war, überraschte das Land im dritten Quartal mit einem leicht positiven Wachstum (+0,1%) und verhinderte damit das – eigentlich bereits allgemein erwartete – Absinken in eine technische Rezession. Auch die anderen größeren Euroraumländer, wie Frankreich, Italien, Spanien oder die Niederlande zeigten in Q3 keine weitere Verlangsamung ihrer Wachstumsentwicklung.
- Die Europäische Kommission revidierte ihre jüngste Prognose für den Euroraum für 2020 allerdings um -0,3Pp. auf 1,2%. Die OECD reduzierte ihre Wachstumserwartung für das kommende Jahr auf 1,1%. Für 2021 erwarten die EK und die OECD ein Wachstum von 1,2%.
- Auch wesentliche Stimmungsindikatoren wie das Industrietrauen oder der Einkaufsmanagerindex setzten zuletzt ihre negative Entwicklung fort. Dabei zeigt sich aber, dass sich konsistent mit der schlechteren Entwicklung der internationalen Handelsintensität vor allem die Stimmung in der Industrie negativ entwickelt.
- Damit wird die Entwicklung vorerst vor allem von der stabilen Konsumnachfrage getragen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass der Arbeitsmarkt weiterhin eine vergleichsweise robuste Entwicklung aufweist. Zwar kam es von August auf September zu keinem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote mehr. Sie befindet sich im Euroraum momentan aber mit 7,5% auf dem niedrigsten Stand seit Juli 2008.
- Im Euroraum sank die HVPI-Inflationsrate im Oktober erneut auf mittlerweile 0,7%. Dienstleistungen und bearbeitete Lebensmittel (einschließlich Alkohol und Tabak) verzeichneten moderate Preiserhöhungen. Dagegen kam es zuletzt bei industriellen Gütern und im Bereich der Energie sogar zu negativen Inflationsraten. Die EZB geht in ihrer Prognose davon aus, dass die Inflation 2019 durchschnittlich 1,2% betragen wird und 2020 auf 1,0% absinkt, um im Jahr 2021 wieder auf 1,5% zu steigen.

Wachstumsabschwächung in den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

- Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas schwächte sich im Verlauf von 2019 ab und betrug im zweiten Quartal im Durchschnitt 3,7% (im Vergleich zum Vorjahresquartal). Erste verfügbare Zahlen zum dritten Quartal legen nahe, dass das Wachstum mit der Ausnahme von Polen in allen Staaten der Region weiter zurückging.
- Die Konjunkturabkühlung hängt vor allem mit dem schwächeren internationalen Umfeld zusammen, welches sich negativ auf die Exporte der Region auswirkte. In mehreren Ländern war außerdem in den letzten Quartalen eine gewisse Abschwächung der Investitionstätigkeit zu beobachten. Gleichzeitig entwickelte sich der private Konsum aber weitestgehend robust. Diesbezüglich positiv wirkten sich die zunehmende Kreditvergabe und das starke Reallohnwachstum aus. Die Arbeitslosenquote befindet sich weiter auf einem historischen Tief. Die Entwicklung der Realeinkommen wurde auch durch ein schwaches Preiswachstum begünstigt: Die Inflation blieb auf einem allgemein niedrigen Niveau, obwohl mehrere Länder der Region negative Realzinsen aufweisen.
- Aktuelle Prognosen gehen von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von rund 3,7% im Jahr 2019 aus (nach 4,4% im Jahr 2018). Im Jahr 2020 sollte das Wachstum dann weiter auf rund 3% zurückgehen. Sowohl 2019 als auch 2020 wird weiterhin ein positives

Wachstumsdifferenzial zum Euroraum erwartet. Dieses wird sich aber von mehr als 2,5 Prozentpunkten auf rund 2 Prozentpunkte verringern.

Österreich: Wachstumsschwäche hält an

- Österreichs Wirtschaft hat im Laufe der ersten drei Quartale 2019 deutlich an Schwung verloren. Während sich die Industrie bereits in einer Rezession befindet, stabilisiert der Dienstleistungssektor das Wachstum auf niedrigem Niveau. Die Konjunkturindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der schwachen – aber positiven – Wachstumsdynamik hin.
- Die österreichische Wirtschaftsleistung ist laut VGR-Schnellschätzung im dritten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal um 0,2% gestiegen (real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Konjunktur-Komponente). Seit dem vierten Quartal 2018 (+0,6%) hat sich das Wachstum drei Quartale in Folge abgeschwächt und liegt nun unter dem langjährigen Durchschnitt von +0,46% (1995Q1 bis 2019Q2). Das Wirtschaftswachstum wurde nachfrageseitig in den ersten drei Quartalen – bereinigt um die jeweiligen Importe – im gleichen Ausmaß von den inländischen Nachfragekomponenten (privater und öffentlicher Konsum sowie Bruttoanlageinvestitionen) wie von den Exporten getragen. Entstehungsseitig drehte der Beitrag der Industrie zum BIP-Wachstum im zweiten Quartal ins Minus (-0,06 Prozentpunkte) und dieser Trend hat sich im dritten Quartal geringfügig verstärkt (-0,08 PP). Nachdem auch vom Baugewerbe und der Landwirtschaft zuletzt keine Wachstumsimpulse ausgegangen sind, war im dritten Quartal der Dienstleistungssektor mit einem Beitrag von 0,3 Prozentpunkten die einzige Wachstumsstütze.
- Nachdem die österreichische HVPI-Inflationsrate von März bis Mai 2019 konstant bei 1,7 % lag, verringerte sie sich bis Oktober 2019 auf 1,0 %. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf Energie und in einem geringeren Ausmaß auf Nahrungsmittel zurückzuführen. Bei Dienstleistungen sowie Industriegütern ohne Energie blieben die Teuerungsraten in den letzten Monaten weitgehend konstant, weshalb sich auch die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate zuletzt kaum veränderte. Im Oktober 2019 betrug die Kerninflationsrate 1,6 %.
- Der Hauptgrund für den zuletzt beobachteten Rückgang der Energiepreisinflation war die Entwicklung des Rohölpreises, der sich von rund 70 US-Dollar pro Barrel (Marke Brent) im Mai 2019 auf 60 US-Dollar pro Barrel im Oktober 2019 abschwächte. Mit den fallenden Rohölpreisen verringerte sich die Inflationsrate der Energiekomponente im HVPI von 2,7 % im Mai auf -3,6 % im Oktober 2019 und dies trotz der in den letzten Monaten erfolgten Preiserhöhungen bei Strom und Gas.
- Wie die vorliegenden Daten zeigen, kann sich die österreichische Wirtschaft weder von der internationalen noch von der deutschen Konjunktorentwicklung abkoppeln. Auch die heimische Exportwirtschaft hat seit Jahresanfang 2018 kontinuierlich an Schwung verloren. Das Wachstum der Exporte hat sich in den ersten drei Quartalen des heurigen Jahres bei durchschnittlich 0,7 % eingependelt. Damit liegt es zwar noch deutlich über den Werten von Deutschland, sinkende Auftragsaufträge lassen aber für die nächsten Monate eine weitere Abschwächung der Exportdynamik erwarten. Die starke Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft zeigt sich insbesondere in der Entwicklung der heimischen Industrie, die ebenfalls bereits von einer Rezession betroffen ist. Nach einem starken Start in das Jahr 2019 sinkt die Industrieproduktion seit einem halben Jahr. Die Auftragslage hat sich in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Das zeigen sowohl der Auftragseingangsindex von Statistik Austria als auch die von der Bank Austria und der Industriellenvereinigung durchgeführten Unternehmensbefragungen. Vor diesem Hintergrund sind die Unternehmen auch zunehmend

zurückhaltender bei ihren Investitionen. Das Wachstum der sehr konjunktur reagiblen Ausrüstungsinvestitionen stagnierte in den letzten beiden Quartalen. Die Kapazitätsauslastung hat sich von ihren Höchstständen Anfang des Jahres 2018 kontinuierlich zurückgebildet und liegt nunmehr bei ihrem langfristigen Durchschnittswert. Dies signalisiert eine abnehmende Notwendigkeit für Erweiterungsinvestitionen. Hingegen stützt der Wohnbau die österreichische Wirtschaft. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnraum, günstige Finanzierungsmöglichkeiten und steigende Immobilienpreise spiegeln sich in einem nach wie vor kräftigen Wachstum der Wohnbauinvestitionen wider. Die Baubewilligungen sinken zwar seit ihrem historischen Höchstwert im Jahr 2017, der Rückgang flacht sich aber zunehmend ab. Daher ist auch nicht mit einem abrupten Rückgang der Wohnbautätigkeit zu rechnen.

- Für das vierte Quartal 2019 und das erste Quartal 2020 prognostiziert die OeNB im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose vom November ein anhaltend unterdurchschnittliches Wachstum des realen BIP von jeweils +0,2% (gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der Juni-Prognose der OeNB bedeutet dies eine Abwärtsrevision von jeweils 0,2 Prozentpunkten. Für das Gesamtjahr 2020 ergibt sich eine Abwärtsrevision des BIP-Wachstums (Juni-Prognose: 1,6%).
- Auch die OECD sieht in ihrem jüngsten Österreich-Länderbericht, der am 13. November veröffentlicht wurde, eine konjunkturelle Abschwächung für die kommenden Quartale und empfiehlt daher, die automatischen Stabilisatoren unbeschränkt wirken zu lassen. Falls das Wachstum noch stärker zurückgeht, sollten auch zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden um gegenzusteuern; konkret legt die OECD Ausgaben zur Hebung des Angebotspotentials nahe sowie solche zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Nachhaltigkeit. Steuerpolitisch empfiehlt die OECD eine Senkung der Steuern auf Arbeit, insbesondere für niedrige Einkommen. Diese könnte aufkommensneutral gegenfinanziert werden durch höhere Umwelt- und Vermögensteuern sowie die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer, was laut OECD zu erheblichen Gewinnen bei Beschäftigung, Wachstum und sozialer Inklusion führen könnte.
- Die OECD merkt auch an, dass das rasche Wachstum der Hypothekarkredite ein potentiell Risiko für die Finanzstabilität darstellt, obwohl die Immobilienpreise und die Verschuldung der privaten Haushalte unter jenen in vergleichbaren Ländern liegen. Die OECD verwies in diesem Zusammenhang auf Empfehlungen des Finanzmarktstabilitätsgremiums, das im September 2018 seine Vorstellungen zur nachhaltigen Immobilienkreditvergabe konkretisiert hatte. Dabei wurde angeregt, dass die Eigenmittelanteile der Kreditnehmer nicht zu niedrig und Kreditlaufzeiten nicht unverhältnismäßig lang ausfallen sollten und die Einkommensentwicklung der Kreditnehmer über den Lebenszyklus berücksichtigt werden sollte (siehe dazu auch weiter unten in diesem Bericht). Die OECD empfiehlt, diese Empfehlungen verbindlich zu machen.

EZB – Wechsel an der Führung und im Exekutivdirektorium

- Mit 31. Oktober 2019 endete die Amtszeit von Mario Draghi nach 8 Jahren als Präsident der EZB, seine Nachfolgerin ist seit 1. November 2019 Christine Lagarde. Philip Lane übernahm am 1. Juni 2019 das Amt als Chefvolkswirt der EZB von Peter Praet als Mitglied des EZB Exekutivdirektoriums. Nach dem Rücktritt von Sabine Lautenschläger per 31. Oktober 2019 hat der ECOFIN-Rat am 8. November 2019 dem Europäischen Rat eine Empfehlung zur Benennung von Isabel Schnabel als seine Kandidatin erteilt. Es wird erwartet, dass der Europäische Rat diesbezüglich nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des EZB-Rates bis zum Jahresende einen förmlichen Beschluss fasst.

- Mit Übernahme des Amtes als Gouverneur der OeNB per 1. September 2019, ist Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann neues Mitglied im EZB-Rat.

Neuen Europäischen Kommission seit 1. Dezember 2019 im Amt

- Ursula von der Leyen musste den Starttermin für ihre neue Kommission aufgrund der Ablehnung von drei Kandidaten von November auf Dezember verschieben. Am 27. November hat das Europaparlament über das Team der künftigen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit einer breiten Mehrheit abgestimmt. Von der Leyen hat am 1. Dezember 2019 die Amtsgeschäfte von Jean-Claude Juncker übernommen. Großbritannien schickt keinen Vertreter für die Kommission und will bis nach der britischen Parlamentswahl am 12. Dezember warten. Nach zwei schriftlichen Aufforderungen von Van der Leyen wurde nun von der EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen London eingeleitet; dies kann bis zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof führen.

Kroatien plant dem WKM II beizutreten

- Im Statement der europäischen Institutionen und Kroatien vom 8. Juli 2019 werden 6 sogenannte „prior commitments“ genannt, welche seitens Kroatien zu erfüllen sein werden, bevor das Land offiziell dem WKM II und zeitgleich dem SSM Close Cooperation beitreten kann. In diesem Zusammenhang wird von der EZB ein Comprehensive Assessment des kroatischen Bankensektors durchgeführt (Dauer mindestens 1 Jahr).
- Frühestens sobald dieses erfolgreich abgeschlossen ist und sämtliche „prior commitments“ des Landes seitens Europäischer Kommission und EZB als erfüllt angesehen werden, kann ein Beitritt zur SSM Close Cooperation und (zeitgleich) zum WKM II erfolgen. Diese Vorgangsweise entspricht jener, die im Juli 2018 auch mit Bulgarien vereinbart wurde.

Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerb (BICC)

- Am 9. Oktober 2019 hat man sich in der Eurogruppe auf wesentliche Elemente der Governance, Finanzierung und Verteilung des BICC geeinigt. Man geht zunächst von einem Budget von ca. 17 Mrd Euro aus, wobei 80% der Mittel nach einem Verteilungsschlüssel aufgrund der Bevölkerungszahl und des Pro-Kopf-BIP verteilt werden.
- Mitgliedsstaaten können BICC-Mittel für Reform- und Investitionsprogramme beantragen. Die Größe des Instruments wird im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 endgültig durch die Staats- und Regierungschefs festgelegt.

ESM Vertragsänderung wegen SRF-Backstop

- Die Eurogruppe vom 13. Juni 2019 erzielte eine grundsätzliche Übereinstimmung zur Abänderung des ESM Vertrages betreffend den zukünftigen Einsatz des ESM als Backstop für den SRF (Single Resolution Fund), neue Instrumente für eine vorsorgliche Finanzhilfe, die Rolle der EZB in künftigen ESM-Programmen sowie eine neue Organisationsstruktur des ESM. Eine Zustimmung wird bei der Eurogruppe im Dezember 2019 erwartet.

IWF Art. IV Konsultation

- Der IWF besuchte Österreich im Rahmen der periodisch stattfindenden Art. IV Konsultationen vom 14.-24. Mai 2019 unter der Leitung von IWF Mission Chief Jeffrey Franks. Aufgrund der während der Konsultationen stattgefundenen Regierungsumbildung konnte der IWF die Art. IV Mission vorläufig nicht abschließen. Der IWF wird die österreichischen Art. IV Konsultationen voraussichtlich im Frühjahr 2020 abschließen.

Verlängerung der Laufzeit der bilateralen Darlehen um ein Jahr bis Dezember 2020

- Die 15. Allgemeine Quotenrevision des IWF wird voraussichtlich ohne Erhöhung der Gesamtquote abgeschlossen werden (geplant bis Ende des Jahres 2019). Vor dem Hintergrund steigender Risiken im globalen Wirtschaftssystem und zur Überbrückung bis zur weiteren Beschlussfassung über die New Arrangements to Borrow (NAB) hat das IWF Exekutivdirektorium am 20. Mai 2019 den Beschluss gefasst, die entsprechend der Rahmenvereinbarung 2016 mit den Teilnehmerländern abgeschlossenen Bilateralen Kreditverträge (Bilateral Borrowing Agreements 2016, BBA) um die im Rahmenvertrag vorgesehene Verlängerungsfrist von maximal einem Jahr (bis Ende 2020) zu verlängern. Das Direktorium der OeNB hat der Verlängerung der Inanspruchnahmefrist (um 1 Jahr bis 31. Dezember 2020) der bilateralen Kreditverträge, lautend auf 6,13 Mrd EUR (rd 5 Mrd SZR), mit Beschluss vom 7. Mai 2019 zugestimmt.

IWF-Jahrestagung in Washington

- Vom 18.-20. Oktober 2019 fand die Jahrestagung des IWF statt, erstmals unter der Leitung der neuen Managing Director des IWF, Kristalina Georgieva. Das International Monetary and Financial Committee (IMFC) rief das Exekutivdirektorium auf, die Vorbereitungen der 15. Allgemeinen Quotenrevision sowie eines IWF-Ressourcen- und Governance-Reformpaketes sobald wie möglich abzuschließen. Das IMFC befürwortet es, die aktuelle Ressourcenausstattung des IWF aufrechtzuhalten, und begrüßt demgemäß die Verlängerung der bilateralen Kreditvereinbarungen um ein weiteres Jahr.
- Das IMFC zeigt sich erfreut betreffend die Überlegungen einer Verdopplung der Gesamtbetragshöhe der Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB) sowie den neuerlichen Abschluss temporärer bilateralen Kreditvereinbarungen mit dem IWF nach 2020. Dabei soll sichergestellt werden, dass der IWF weiterhin quotenbasiert bleibt und ausreichend ausgestattet ist, um im Zentrum des globalen Finanzsicherheitsnetzes zu stehen.

Entwicklungen des österreichischen Bankensektors im ersten Halbjahr 2019

- Das positive wirtschaftliche Umfeld in Österreich und CESEE begünstigte die Profitabilität der österreichischen Banken. Diese blieb auch im ersten Halbjahr 2019 robust. Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern lag Mitte 2019 bei 3,5 Mrd EUR. Der leichte Rückgang von 2% im Jahresvergleich resultiert aus geringeren Auflösungen bei den Wertminderungen. Um die Nachhaltigkeit der Profitabilität auch im Falle einer Konjunktüreintrübung sicherzustellen, ist ein vorausschauender Umgang mit Gewinnen (nicht zuletzt im Hinblick auf die Kapitalisierung) unabdingbar.
- Bei der Kreditqualität war mit dem weiteren Sinken der Quote notleidender Kredite (NPL) neuerlich eine Verbesserung zu verzeichnen. Mitte 2019 betrug die NPL-Quote auf konsolidierter Ebene 2,3%, im Österreichgeschäft lag sie bei 1,9%. Die österreichischen Tochterbanken in CESEE verzeichneten währenddessen eine NPL-Quote von 2,8%.
- Die konsolidierte Kernkapitalquote (CET1-Quote) der österreichischen Banken war Ende Juni 2019 auf 15,5% – und damit knapp über den Vorjahreswert – angestiegen.
- Die positiven zyklischen Entwicklungen dürfen allerdings den Blick auf die strukturellen Herausforderungen nicht verstellen. Die operative Profitabilität der österreichischen Banken leidet weiterhin unter einer strukturell schwachen Kosteneffizienz. Geschäftsmodelle sollen weiterhin an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Komplexe und kostenintensive Strukturen, das Niedrigzinsumfeld, die niedrigen Zinsmargen sowie die Herausforderungen

durch die Digitalisierung erhöhen die Notwendigkeit und auch Bereitschaft der österreichischen Banken, Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle vorzunehmen.

Entwicklung des Kreditwachstums in Österreich und CESEE setzt sich fort

- Das Kreditwachstum blieb in Österreich auch in der ersten Jahreshälfte 2019 robust. Im Juni legten die Unternehmenskredite im Vorjahresvergleich um 7,2% und die Kredite an private Haushalte um 4,5% zu, wobei bei letzteren die Immobilienkredite noch stärker wuchsen.
- Das Kreditwachstum der österreichischen Tochterbanken in CESEE lag im Juni 2019 bei 10,4% im Jahresvergleich. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Bilanzsumme um 8,1%. In diesem von Wettbewerbsdruck und hohen Wachstumsraten gekennzeichneten Umfeld ist die Hintanhaltung von Risiken von wesentlicher Bedeutung.

Sicherstellung nachhaltiger Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung in Österreich essenziell

- Zwar sind die systemischen Risiken aus der Immobilienfinanzierung in Österreich derzeit begrenzt, allerdings muss dies auch in Zukunft durch nachhaltige Kreditvergabestandards sichergestellt werden. Daher hat das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) in Österreich auf Initiative der OeNB in seiner Sitzung am 21. September 2018 quantifiziert, was unter einer nachhaltigen Kreditvergabe zu verstehen ist („aufsichtliche Erwartungshaltung“).
- Das FMSG hielt bei seiner Sitzung am 9. September 2019 fest, dass eine vorläufige Evaluierung der Wirksamkeit der Kommunikation zur nachhaltigen Immobilienfinanzierung durch die Banken eine leichte Verbesserung der Beleihungsquoten und der Laufzeiten der neu vergebenen Kredite zeigt. Allerdings sind die Anteile der Kredite mit einem ungünstigen Verhältnis von Schuldendienst und Einkommen der Immobilienkreditnehmenden bei neu vergebenen Krediten auch im ersten Halbjahr 2019 hoch geblieben.
- Die OeNB wird die Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt sowie die Einhaltung der vom FMSG kommunizierten nachhaltigen Kreditvergabestandards durch die Banken weiterhin genau beobachten. Sollten systemische Risiken aus der Immobilienkreditvergabe entstehen, kann das FMSG auf Grundlage der OeNB-Analyse der FMA Maßnahmen nach § 22b BWG³ empfehlen.
- Das FMSG hielt ferner fest, dass für die Analyse von systemischen Risiken eine Verbesserung der Datenlage, insbesondere in Bezug auf Gewerbeimmobilien, essenziell ist und sprach sich dafür aus, dass FMA und OeNB die dazu notwendigen Schritte setzen.

Basel III-Reformpaket - Auswirkungsstudie und Vorbereitungen zur Umsetzung in der EU

- Im Dezember 2017 und Jänner 2019 hat der Baseler Bankenausschuss (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) das Basel III-Rahmenwerk weitgehend finalisiert. Im Fokus dieser Überarbeitungen stand die Berechnung der risikogewichteten Aktiva (RWAs), um eine erhöhte Vergleichbarkeit der Kapitalkennzahlen zu schaffen. Das neue Rahmenwerk soll ab 2022 angewandt werden, wobei es für einige Regelungen längere Übergangsfristen gibt. In Vorbereitung auf die rechtliche Umsetzung des Baseler Rahmenwerkes in der EU hat die Europäische Kommission (EK) eine öffentliche Konsultation gestartet (im Oktober 2019),

³ Darunter fallen z.B. die Festlegung von Obergrenzen zur Beleihungsquote, zur Schuldendienstquote und Laufzeitenbeschränkungen.

um von allen Interessensgruppen konkrete Meinungen einzuholen. Ein Legislativvorschlag der EK zur Umsetzung der Basel III-Reformen wird für Mitte 2020 erwartet.

- Im Auftrag der EK hat die European Banking Authority (EBA) in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden eine umfassende Auswirkungsstudie zum Basel III-Reformpaket durchgeführt und konkrete Policy-Empfehlungen zur Implementierung erarbeitet. Die Berichte der EBA wurden im August 2019 publiziert. Einige zusätzliche Analysen werden noch bis März 2020 (u.a. Marktrisiko, Output Floor⁴) nachgereicht. Grundsätzlich wird von der EBA eine vollständige und Basel-konforme Umsetzung der Reformen empfohlen.
- Die Berechnungen zu den Auswirkungen auf österreichische Banken (15 Banken im Sample) zeigen, dass die jüngsten Basel III-Reformen im Durchschnitt zu einem einstelligen Anstieg der Eigenmittelanforderungen führen. Somit sind österreichische Banken deutlich geringer betroffen als der EU-Durchschnitt mit einem Anstieg der Eigenmittelanforderungen um 24,4%. Für österreichische Banken führt vor allem der überarbeitete Kreditrisikostandardansatz zu höheren Eigenmittelanforderungen, während im EU-Sample der Output Floor, Kreditbewertungsanpassungen und der neue Ansatz für das operationelle Risiko die Haupttreiber sind. Daher steht bei den Diskussionen zur EU-Umsetzung der Output Floor stark im Fokus. Die wesentlichen Themen bei der EU-Umsetzung aus OeNB-Sicht sind die Risikogewichtung für Beteiligungen, Proportionalität und die Einführung des Output Floors zur Sicherstellung eines Level Playing Field in der EU (manche Länder weisen eine sehr geringe RWA-Dichte aus, was durch den Output Floor ausgeglichen wird).

Bestrebungen zur Finalisierung der Bankenunion

- Es ist anzunehmen, dass sich die neue EK im Bereich Finanzdienstleistungen dem noch offenen Thema der Vollendung der Bankenunion durch Schaffung einer Europäischen Einlagensicherung (European Deposit Insurance Scheme – EDIS) widmen wird. Anfang November 2019 wurde ein Positionspapier des deutschen Bundesfinanzministeriums veröffentlicht, welches ebenfalls Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zur Vollendung der Bankenunion bringen könnte. Aus Sicht der OeNB, ist der Vorschlag des deutschen BMF Scholz sowohl mit Blick auf die Systemrisikoperspektive als auch vor dem Hintergrund der Stärkung der Resilienz des AT-Einlagensicherungssystems zu begrüßen. Der Vorschlag sieht vor, den nationalen Einlagensicherungen über einen europäischen Einlagensicherungsfonds zusätzliche Liquidität in Form von Darlehen zur Verfügung zu stellen, sollten die Mittel der nationalen Einlagensicherungsfonds ausgeschöpft sein. Damit wird die Einführung der ersten Phase von EDIS (reine Liquiditätsbereitstellung) in Aussicht gestellt und zwar mittels eines Modells der verpflichtenden Kreditvergabe der nationalen Einlagensicherungssysteme im Auszahlungsfall. Dies wird allerdings verknüpft mit Maßnahmen, u.a. zur Änderung der regulatorischen Behandlung von Staatsanleihen, der einheitlichen Besteuerung von Banken sowie einer weiteren Harmonisierung der Insolvenzrechte für Banken.
- Aufgrund der nach wie vor bestehenden großen Auffassungsunterschiede der Mitgliedstaaten zur Ausgestaltung von EDIS (reine Liquiditätsbereitstellung oder Vollvergemeinschaftung) sowie durch die Verknüpfung von EDIS mit Themen, welche „rote Linien“ für einzelne Mitgliedstaaten darstellen (d.h. Änderung der regulatorischen Behandlung von Staatsanleihen

⁴ Der aggregierte Output Floor ist eine Untergrenze für RWAs aus internen Modellen iHv 72,5% basierend auf den jeweiligen Standardansätzen. Der aggregierte Output Floor umfasst Kreditrisiko (inkl. Verbriefung und Gegenparteausfallsrisiko), Marktrisiko, CVA und operationelles Risiko.

und einheitliche Besteuerung von Banken), sind schwierige Verhandlungen auf Ratsebene zu erwarten.

Bestrebungen im Bereich Nachhaltige Finanzierung

- Derzeit finden Trilogverhandlungen zwischen Rat, EK und Europäischem Parlament zur Verordnung über die Klassifizierung von wirtschaftlichen Aktivitäten als ökologisch nachhaltig (sogenannte Taxonomie) statt. Dieser kommt eine wesentliche Bedeutung zu, weil sie den Anknüpfungspunkt für zukünftige Maßnahmen im Rahmen des von der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten „Green New Deal“ darstellt.
- Bei der Frage des möglichen Vorschlags der EK zu einem „green supporting“ bzw. einem „brown penalizing factor“ im Rahmen des Legislativvorschlags zur Umsetzung der Basel III-Reformen im Mai/Juni 2020 sind aus OeNB-Sicht Risikogesichtspunkte zu beachten.

Arbeiten zur Schaffung einer Kapitalmarktunion werden mit neuem Fokus fortgesetzt

- Ungeachtet der Fortschritte in der Harmonisierung des Regelwerks für die europäischen Kapitalmärkte sind diese weiterhin unterschiedlich entwickelt und die Abhängigkeit der Unternehmen, insbesondere KMUs, von Bankfinanzierungen hoch. Gleichzeitig sind private und institutionelle Investoren auf der Suche nach langfristigen Anlagemöglichkeiten. Das Projekt der Kapitalmarktunion soll nunmehr auch hier ansetzen und dazu beitragen, Finanzierungsnachfrage und -angebote besser zusammenzuführen. Es soll daher u.a. evaluiert werden, wie neben Bankfinanzierungen verstärkt auch marktbasierende Instrumente zur Finanzierung von Infrastruktur, im Kontext des Übergangs zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und innovativer Projekte etabliert werden können, soweit zweckmäßig unter Nutzung neuer Technologien.
- Die EK hat in diesem Zusammenhang im November die Zusammensetzung eines hochrangigen Forums zur Zukunft der Kapitalmarktunion bekannt gegeben. Diese Gruppe unter dem Vorsitz von Thomas Wieser setzt sich aus führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Forschung zusammen und soll bis Mitte nächsten Jahres konkrete Policy-Empfehlungen ausarbeiten. Im Mittelpunkt steht dabei die angestrebte Erleichterung des Kapitalmarktzugangs für Unternehmen mit speziellem Fokus auf KMUs, die Schaffung besserer Anlagemöglichkeiten für Bürger sowie die Entwicklung einer Europäischen Kapitalmarktarchitektur, wobei auch Vorschläge unterbreitet werden sollen, wie technologische Entwicklungen dazu beitragen können.

Vervollständigung der Europaserie

- Am 28. Mai 2019 startete die Ausgabe der letzten beiden Noten der Europaserie – mit den neuen 100- und 200-Euro-Banknoten komplettiert sich somit die Europaserie. Von der OeNB geschaltete Informationen in zahlreichen Medien begleiteten den Ausgabestart. Dabei wurde insbesondere auf die weiter verbesserte Smaragdzahl (mit enthaltenen Euro-Symbolen) und auf das Satelliten-Hologramm hingewiesen. Darüber hinaus wurden die neuen 100- und 200-Euro-Noten im Format abgeändert: Beide Scheine weisen nun die gleiche Höhe wie die 50-Euro-Banknote auf.
- *Produktion:*

Für den Ausgabestart wurden insgesamt 2,3 Mrd Stück 100-Euro-Banknoten und 700 Mio Stück 200-Euro-Banknoten produziert. Ein Teil davon wurde in der OeBS gedruckt.

Für die Ausgabe in Österreich standen schließlich 165 Mio Stück 100- und 40 Mio Stück 200-Euro-Banknoten zur Verfügung.

▪ *Banknotenumlauf:*

Insgesamt sind 3,0 Mrd Stück 100-Euro-Banknoten und 366 Mio Stück 200-Euro-Banknoten im Umlauf. Das entspricht wertmäßig einem Anteil von 23,7 % für die 100- und 5,8 % für die 200-Euro-Banknote in Europa.

In Österreich beträgt – aufgrund von Schätzungen der OeNB – der wertmäßige Anteil der 100-Euro-Banknote knapp 40 % (200-Euro-Banknote: 4 %). Damit ist die 100-Euro-Banknote wertmäßig die wichtigste Banknotenkategorie in Österreich. Das ist auch bedeutend höher als in Europa und ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass dieser Nennwert in Österreich im Unterschied zu anderen Euroländern häufig in Bankomaten und anderen Geldausgabeautomaten zu finden ist.

Falschgeldstatistik 3. Quartal 2019

- Von Jänner bis September 2019 wurden in Österreich 5.951 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Im gleichen Zeitraum 2018 waren es 9.152 Fälschungen. Für Österreich ist somit ein Minus von 3.201 Fälschungen (-35,0%) gegenüber demselben Zeitraum im Jahr 2018 erkennbar.
- EURO-Fälschungen aus dem Umlauf: Die im Zeitraum Jänner bis September 2019 in Österreich am häufigsten gefälschte Banknote war mit 52,3 % die 50-EUR-Banknote gefolgt von der 20-EUR-Banknote mit 19,6 % und der 100-EUR-Banknote mit 18,5 %. Insgesamt entfallen auf diese drei Banknoten-Kategorien somit 90,4% aller Fälschungen in Österreich.
- Der Schwerpunkt des österreichischen Falschgeldaufkommens lag unverändert im Ballungsraum Wien, gefolgt von der Steiermark und Niederösterreich. Gemeinsam kommen diese drei Bundesländer auf 60,6% aller in Österreich sichgestellten Fälschungen.
- Der Schaden, der durch Fälschungen von Jänner bis September 2019 in Österreich entstanden ist, beträgt 437.190 EUR. Im Vergleichszeitraum 2018 waren es 496.520 EUR. Dies bedeutet ein Minus von 59.330 EUR (-11,9%).
- Ausschlaggebend für den starken Rückgang bei den Fälschungszahlen in Österreich ist eine Verringerung von Falsifikaten der 50-EUR-Banknote von 7.000 Stück (Zeitraum 1-9/2018) auf nunmehr 3.114 Stück (1-9/2019). Von den insgesamt 5.951 Fälschungen entfallen 2.090 Stück (35%) auf Druckfälschungen sowie 3.861 Stück (65%) auf Kopierfälschungen.
- Von der Polizei sind im Zeitraum Jänner bis September 2019 in Österreich insgesamt 3.656 Stück Fälschungen sichergestellt worden, bevor diese im Umlauf einen Schaden verursachen konnten.